

*Le Chef de l'Office central de la Police des Etrangers
H. Rothmund, au Chef du Département de Justice et Police,
H. Häberlin*

Bern, 27. Dezember 1922

NOTIZEN
ÜBER DIE EINREISE VON RUSSEN

Ich hatte heute eine längere telephonische Besprechung mit Frau Dr. Bagotzky vom russischen roten Kreuz, die ich im folgenden kurz wiedergebe:

«Im Anschluss an den Fall *Kotow* wird angefragt, ob die Behandlung dieser Fälle wirklich so viel Zeit beanspruche. Es würden nun eine grössere Zahl kranker Russen beurlaubt zu Krankheitsaufenthalt in der Schweiz. Der russische Arbeiter, der bei der Arbeit krank geworden sei, habe nach russischem Gesetz das Recht auf Krankheitsurlaub auf Kosten des russischen Staates. — Frau Bagotzky ist Ärztin. Sie sagte, man habe eben in Russland noch die durchaus falsche Auffassung, die Lungenkranken könnten nur in der Schweiz geheilt werden, während ja in Russland selbst (Kaukasus) und dann auch in Deutschland Sanatorien seien mit denselben Erfolgen. Die Schweiz habe aber ein Interesse daran, solche Kurgäste zu beherbergen. — Ich antwortete, unsere Sanatorien hätten gewiss ein finanzielles Interesse an gut zahlenden Gästen, doch sei für uns das allein nicht massgebend. Über Angehörige von Staaten, mit denen wir nicht im Verkehr stehen, müssten besondere Erkundigungen eingezogen werden, bevor das Visum erteilt werde. Das Visum könne an Russen nur erteilt werden, wenn durch einen Vertrauensarzt der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin festgestellt sei, dass nur ein Aufenthalt *in der Schweiz* Heilung bringen könne. — Als Frau Bagotzky merkte, dass der Einwand, die Schweiz habe ein Interesse an diesen Einreisen, nicht Erfolg hat, sagte sie, in den deutschen und russischen Sanatorien sei die Verpflegung nicht genügend (Mangel an Milch). Es handelt sich also für Russland einfach darum, möglichst viele Sowjetrussen nach der Schweiz zu bringen. — Frau Bagotzky wollte namentlich, dass das Einreiseverfahren in Berlin rascher gehe als im Falle *Kotow*. Ich machte ihr keine Zusicherungen, sondern erklärte ihr gegenteils, es müssten eben stets noch Erkundigungen eingezogen werden; es würde deshalb immer eine gewisse Zeit dauern bis das Visum erteilt werden könne. Auf die deutlich gestellte Frage, man wolle also die Einreise überhaupt verweigern, antwortete ich unter Hinweis auf die bereits bewilligten Gesuche ausweichend. Frau B. ersuchte um schriftliche Bestätigung meiner Mitteilungen, was ich verweigerte mit der Begründung, die zuständige Stelle für uns für Visaangelegenheiten sei die Gesandtschaft in Berlin und nicht das russische rote Kreuz in Bern. Sie erklärte sich legitimiert gerade als rotes Kreuz, da es sich um Kranke handelt. (Ich bin der Ansicht, dass gerade mit diesem Vorgehen B. versucht, langsam de facto anerkannt zu werden als russischer Vertreter.) — Ich sicherte am Schlusse zu, dass ich die Frage nochmals prüfen werde.»

27 DÉCEMBRE 1922

653

Unsere Stellungnahme ist schwierig, solange wir nicht wissen, welcher Ansicht das politische Departement ist gegenüber den Russen. Wohl sagt mir Dr. Ratzenberger, er betrachte meine Stellungnahme als richtig, doch ist er nicht orientiert über die Ansicht der Herren Dinichert und Motta. Vermutlich stellt sich das politische Departement auf den Standpunkt, es sei eine Politik des Zuwartens zu befolgen, da sich Herr Motta jüngst geäußert hat, man werde wohl in absehbarer Zeit so oder so mit den Russen in Beziehungen kommen. In diesem Falle wäre ein schroffes Auftreten B. gegenüber vielleicht unklug. — Da aber die russische Regierung mit allen Mitteln in Beziehungen kommen will mit der Schweiz (die sich häufenden Gesuche von Handelsdelegierten für die Einreise zur Anbahnung privater geschäftlicher Beziehungen und die heutigen Gesuche des Dr. B. zur Einreise von Kranken lassen darauf schliessen¹) so werden wir vielleicht bald zu einer Entschliessung gedrängt.

Ich frage mich deshalb, ob es nicht an der Zeit wäre, dem Bundesrat die Angelegenheit vorzulegen, da er heute noch frei entschliessen kann, währenddem er sonst bald vor ein fait accompli gestellt werden und dann eben nicht mehr anders als ja sagen könnte.

ANNEXE

*Le Chef de l'Office central de la Police des Etrangers, H. Rothmund,
au Chef du Département de Justice et Police, H. Häberlin*

Bern, 27. Dezember 1922

ALLGEMEINE NOTIZEN ÜBER DIE RUSSLANDFRAGE

Als Ergänzung zu meinen Notizen über die Einreise von Russen habe ich im folgenden einige allgemeine Überlegungen zur Russlandfrage zusammengestellt.

1.) Russland hat stets versucht und tut es heute noch, da, wo es Fuss gefasst hat, durch politische Propaganda und Umtriebe den Umsturz herbeizuführen. Die Aussagen des Herrn Platten geben wohl die wahren Überlegungen der russischen Machthaber wieder. Solange das Sovietregime besteht, ist eine Kursänderung nicht zu erwarten. Heute ist wohl Russland auf dem Wege, die Kapitalwirtschaft wieder einzuführen. Doch jedenfalls nur, um Kredit zu erhalten und zum mindesten Handelsverträge mit den anderen Staaten abschliessen zu können. Beide Dinge sind notwendig einmal aus inneren Gründen: Russland geht zu Grunde, wenn es nicht Hilfe von aussen bekommt; zum anderen auch für die Machthaber zur Hebung ihres Prestiges und zu ihrer Festigung. Dies ist nur möglich, wenn es gelingt, die heutige russische Staatsform auch in anderen Ländern einzuführen. Das kann nur dadurch geschehen, dass die Propaganda mit Hochdruck aufgenommen wird und dazu muss der Russe mit viel Geld an Ort und Stelle arbeiten. Jahrelang wird jedoch wohl nicht mehr Geld zur Verfügung stehen. Deshalb offenbar auch das heutige Drängen. — Eine Politik auf Zeitgewinn kann diese Bestrebungen vielleicht paralysieren.

2.) Die Abwicklung der von Russen angebahnten Geschäfte wird anfänglich eine gute sein; sobald Kredit gewährt wird, werden unsere Produzenten aber hereingelegt werden. Das kann man als Sache jedes einzelnen schweizerischen Unternehmens betrachten. Es besteht aber die Gefahr, dass die ersten gut abgewickelten Geschäfte eine solche Atmosphäre des Zutrauens schaffen, dass sich die Unternehmen allgemein zu stark engagieren, was einen weiteren Rückschlag unseres Wirtschaftslebens zur Folge haben könnte.

1. *Sur cette question, voir annexe.*

3.) Die Stellung der Schweiz ist bei einem eventuellen Sturz des Sovietregimes, den man nicht für ausgeschlossen erachten darf, eine bedeutend bessere, falls sie keinerlei Beziehungen unterhalten mit letzterem. Ich kann mir nicht denken, dass das russische Volk die Sovietmachthaber länger am Ruder lässt als es eingeschüchtert werden kann von ihnen. Denn wenn vielleicht auch die Beseitigung der früheren Machthaber bis zu einem gewissen Grade als Erleichterung empfunden wird, so doch gewiss nicht der Umstand, dass ein Gewinn für niemanden da ist als für die Beamten und für die nur so lange als sie genügend verdienen können. Alle andern leiden so unter dem heutigen Zustand, dass eine Gegenpartei mit vernünftigem Programm bald die grosse Masse des Volkes zu Anhängern haben muss. Dies scheint mir deshalb heute wahrscheinlicher als früher, da infolge des dieses Frühjahr freigegebenen internen Handels auch die Verkehrsmöglichkeiten der Russen unter sich wieder geschaffen sind und damit auch die Möglichkeit, dass die Gegner des Sovietregimes wieder zusammenkommen und den Kampf gegen dasselbe in Ruhe vorbereiten können. Dass die Sovietmachthaber mit dieser Möglichkeit heute noch rechnen, zeigt sich aus den jüngst erfolgten Ausweisungen Intellektueller, die als rein präventative Massnahme aufgefasst werden muss.

4.) Die Einreisegesuche von Sovietbeamten zu Kurzwecken gibt zu folgenden Erwägungen Anlass: Beinahe alle Schweizer die aus Russland heimkehren konnten, kamen nicht nur aller Mittel beraubt hier an, sondern haben durch die ausgestandenen Schrecken auch an der Gesundheit gelitten (Fall Blumer). Das ihnen geraubte verstaatlichte Vermögen soll nun dazu verwendet werden, Sovietbeamte zu kurieren. — Der Bund zahlt grosse Summen zur Heilung bereits in der Schweiz befindlicher kranker Russen. Russland schickt wenig Geld dafür. Solange Russland nun nicht voll entschädigt, wollen wir nicht seinen Beamten ermöglichen, sich mit russischem Geld in der Schweiz zu kurieren, das eigentlich der Schweiz gegeben werden sollte als Entschädigung für ihre Aufwendungen zu Gunsten von Russen. Endlich sind menschliche Rücksichten durchaus nicht am Platze. Wer hat die in Russland gegenüber dem politischen Gegner? Da wir ja keine sichern Erkundigungen einziehen können über die Gesuchsteller, so riskieren wir, dass wir irgend einem Mitglied der Exekutionskomitees Aufenthalt gewähren. Es ist doch anzunehmen, dass die Sovietbehörden in erster Linie ihren bewährtesten Anhängern Dollars schenken zu Kurzwecken und nicht einem x-beliebigen Beamten oder Arbeiter zehnter Klasse. In diesem Sinne darf hier wohl der Verbrecher präsumiert werden.

5.) Der Faktor, der offen politisch verwertet werden kann, ist die Entschädigungsfrage. Es scheint mir, dass ohne irgend eine ganze oder eventuell teilweise sichere Lösung dieser Frage irgendwelche offiziellen Beziehungen nicht angebahnt werden dürfen. Auch hier wird es heissen aufzupassen, dass wir nicht dadurch, dass wir zu sehr auf die heutigen russischen Intentionen eingehen, plötzlich de facto eine Anerkennung Russlands haben und nichts mehr einhandeln können dafür.

Zum Schlusse noch ein Wort über das geschickte taktische Vorgehen der Russen. Die schweizerische Regierung verhält sich Russland gegenüber ablehnend. Also wird versucht, die notleidende Industrie zu ködern und sie gegen die Regierung auszuspielen. Es werden Produkte gekauft, die man zum grossen Teil wesentlich billiger auch anderswo bekommt. Es wäre wirtschaftlich verständlich gewesen, wenn Russland sich für irgend *ein* schweizerisches Produkt, an dem es ein besonderes Interesse hat und das es am vorteilhaftesten in der Schweiz erhalten kann, interessiert und dasselbe in denjenigen grossen Mengen bestellt hätte, die dem russischen Warenhunger auch nur einigermaßen entsprochen hätten. Die Russen haben aber gegenteils bei den verschiedenartigsten Unternehmungen angeklopft: chemische Industrie, Maschinenindustrie, Uhrenindustrie, Lebensmittelindustrie (Schokolade), bei der Landwirtschaft (Vieheinkauf) und neuestens bei der Hotelindustrie, also bei den wichtigsten und zugleich am stärksten darniederliegenden Zweigen unserer Volkswirtschaft. Wenn ein Geschäft abgeschlossen wurde, so ersuchte man um Publikation (BBC). — Damit soll die Möglichkeit, mit Russland in reguläre Handelsbeziehungen einzutreten bewiesen und den schweizerischen Unternehmern auch der Appetit darnach geweckt werden. Ist man erst so weit, so — denkt sich die Sovietregierung — wird schon der nötige Druck auf die schweizerische Regierung ausgeübt und dieselbe zur Änderung ihrer Haltung gezwungen werden.

Leute wie Bopp, die alles auf die russische Karte gesetzt haben, oder wie Platten, deren Politik dahin orientiert ist, treiben natürlich auf Anerkennung der Sovietregierung. Es scheint mir aber, dass der Bundesrat in seiner bis heute eingenommenen zurückhaltenden Stellung solange verblei-

28 DÉCEMBRE 1922

655

ben sollte als nicht andere Staaten, die wohl dieselben Überlegungen anstellen wie wir, die Beziehungen zu Russland aufnehmen. Auch der Wunsch unserer Sozialdemokraten auf Aufnahme dieser Beziehungen kann unsere Überlegungen nur bestätigen. Diese Leute hoffen lediglich einen Erfolg für ihre Politik und nicht für das Wohl des Landes. Hätte irgend ein Staat wirklich Erfolg gehabt oder würde sich das Risiko des Handelsverkehrs mit Russland auch nur abschätzen lassen, so wären bestimmt die grossen Staaten dem Beispiele Deutschlands längst gefolgt und hätten die Beziehungen zu Sowietrussland aufgenommen. Aber diese Staaten wissen wahrscheinlich bedeutend mehr als wir von den russischen Verhältnissen. Die Schweiz kann deshalb meines Erachtens ruhig zuwarten, muss sich aber während dieser Zeit hüten, zu stark bearbeitet zu werden von der russischen politischen und wirtschaftlichen Propaganda. Wir müssen wohl auch nicht zu zartfühlend sein bei unseren Massnahmen gegenüber den Sowietrussen, denn der Sovietvertreter ist heute wie der Jude überhaupt: wirft man ihn zu einer Türe hinaus, so kommt er durch die andere wieder herein. Wir dürfen ihm deshalb mit aller Deutlichkeit sagen, dass wir ihn nicht wollen bei uns, wenn er uns nichts bringt.